

Dortmund im Zeichen der Indienstellung des Geschwaders „Horst Wessel“

Dortmund. Die Stadt Dortmund stand bereits am Donnerstag ganz im Zeichen der am Freitag erfolgenden Indienstellung des Fliegergeschwaders „Horst Wessel“, das die SA dem Führer im vergangenen Jahr zu seinem Geburtstag widmete. Kaum ein Haus ist ohne Fahnenstange. Ein besonders prächtiges Bild bietet der Hauptplatz und der Markt mit dem historischen Rathaus. Begünstigt durch prachtvolles Frühlingswetter herrscht überall gehobene Stimmung. Es ist, als wolle die Bevölkerung dem Führer ihren tiefen Dank dafür abtun, daß es gerade Dortmund als Garnison für das neue Geschwader angesehen hat.

Im Laufe des Tages trafen aus allen Teilen des Reiches führende Vertreter der Wehrmacht, der Partei und ihrer Gliederungen zur Teilnahme an den Festlichkeiten in Dortmund ein. Den Auftakt bildete ein großer SA-Appell. Stabschef Luge traf um 14 Uhr in Dortmund ein und begab sich sofort nach dem Dienstgebäude der SA-Gruppe Westfalen, vor dem die Formationen der SA-Aufstellung genommen hatten.

Nach dem Abschieden der Front besichtigte der Stabschef das Dienstgebäude und seine Einrichtungen und hielt sodann in dem großen, mit Fahnen und Grün geschmückten Ehrenraum einen Appell ab, an dem sämtliche 22 SA-Gruppenführer des Reiches mit den Amtschefs der Obersten SA-Führungsabteilung. Der Stabschef leitete die Tagung ein, in der verschiedene interne Fragen zur Sprache gebracht wurden. Im Anschluß an die Tagung zeichneten sich die SA-Führer in die Liste zum „Dankopfer der Nation“ ein.

Um 20 Uhr begann im Festsaal des alten Rathauses ein Empfangsabend, an dem außer dem Stabschef unter anderem General der Flieger Milch, Generalleutnant von Luge, General der Flieger Halm, die Gauleiter Wagner, Terboven, Simon, Grohe und Florian teilnahmen.

Oberbürgermeister Vanike-Dortmund knüpfte in seiner Begrüßungsansprache auf dem Empfangsabend im alten Rathaus an die tausendjährige Geschichte der alten Hansestadt Dortmund an und wies darauf hin, daß bei ihrer Bevölkerung immer Wehrwillen und Wehrkraft vorhanden gewesen seien. Erst im Ruhrkampf habe sie erfahren, was es heißt, wehrlos zu sein. Wenn der Führer das Geschwader Horst Wessel nach Dortmund verlegt habe, so liege darin eine ganz besondere Auszeichnung. Der Redner gab zum Schluß der unverfälschten Erwartung Ausdruck, daß sich zwischen den Angehörigen des Geschwaders und der Dortmunder Bevölkerung ein herrliches Vertrauensverhältnis herausbilden werde.

Namens der Partei sprach Kreisleiter Seefeldt. Er führte unter anderem aus: „Als Dortmund nach der Wiederherstellung der Wehrfreiheit Garnison wurde, glaubten wir nicht, daß schon nach so kurzer Zeit der jungen Garnisonstadt eine so

hohe Auszeichnung zuteil werden würde, wie wir sie jetzt erleben. Unser Dank dafür gebührt vor allem unserem Stabschef Luge, der SA und ihrer Opferbereitschaft.“ Der Kreisleiter schloß mit dem Sieg-Heil auf den Führer, worauf die Hymnen der Nation erklangen.

Zum Schluß nahm Stabschef Luge selbst das Wort zu kurzen Ausführungen. Der Redner frische alte Erinnerungen an Dortmund auf und bekannte, daß es am Anfang der nationalsozialistischen Bewegung kein Vergnügen gewesen sei, in Dortmund für die Ideale Adolf Hitlers zu kämpfen, weil diese Stadt immer ein besonders heißer Boden gewesen sei. Der Stabschef gedachte weiter vor allem der SA-Männer, die in den vergangenen Jahren Tag und Nacht an nichts anderes als an die Erfüllung ihrer Pflicht gedacht hätten. „Wenn wir morgen in Dortmund ein Fliegergeschwader erhalten, das den Namen Horst Wessel trägt, so nimmt die SA dieses Geschwaders nicht allein für sich in Anspruch. Dem Führer verdanken wir es, daß Deutschland wieder eine Armee zur Verteidigung seiner Landesgrenzen, und damit seiner Ehre und des Friedens besitzt.“ Die Kameradschaft zwischen SA und Wehrmacht solle die Grundbedingung sein für die große deutsche Volksgemeinschaft. Mit dem Wunsche, daß dieser Geist wachbleiben möge immerdar, schloß Stabschef Luge.

Staatsrat Helm-Lübeck †

Staatsrat Helm, der Senator der Wirtschaftsabteilung der Freien und Hansestadt Lübeck, ist auf einer Dienstreise tödlich verunglückt. Er hatte Lübeck morgens um 6 Uhr verlassen. Zwischen Schwerin und Ludwigslust stieß sein Kraftwagen mit einem Lastkraftwagen zusammen. Staatsrat Helm wurde auf der Stelle getötet.

Der Verunglückte, der 35 Jahre alt war, nahm im Wirtschaftsleben des Dritten Reiches eine führende Stellung ein. Er war stellvertretender Vorsitzender der Hauptvereinigung der Deutschen Getreidewirtschaft, Präsident des Verwaltungsrates der Wirtschaftlichen Vereinigung der Roggen- und Weizenmühlen, Vorsitzender der Lübeckischen Kreditanstalt, der Städtischen Werke Lübeck, der Müllabfuhr AG, sowie der Spar- und Anleihekasse in Lübeck. Außerdem gehörte er dem Verwaltungsrat der Lübeck-Büchener Eisenbahn-Gesellschaft und der Nordostsee G.m.b.H. sowie der Lübecker Hypothekbank und der Lübecker Hafen G.m.b.H. an.

Ungarische Blätter zur Kabinettsumbildung in Oesterreich

Budapest. Die Umbildung der österreichischen Regierung hat in den hiesigen politischen Kreisen großes Aufsehen erregt. Sie wird in unterrichteten Kreisen zunächst als eindrucksvoller Sieg der hinter dem Bundeskanzler stehenden christlich-sozialen Kräfte über die Heimwehreinflüsse beurteilt, jedoch wird allgemein angenommen, daß die jüngsten Ereignisse nur den Anfang einer weitgehenden innerpolitischen Umgestaltung bedeuten, und die innere Krise in Oesterreich damit noch keineswegs ihren Abschluß gefunden habe.

Der „Pester Lloyd“ betont, daß der Mürungsprozess der österreichischen Politik der über Nacht erfolgten Kabinettsumbildung noch nicht abgeschlossen sei. Bundeskanzler Schuschnigg habe in der letzten Zeit die Erfahrung gemacht, daß die Heimwehführung sich als eine Gegenregierung gebärde und daher Reibungen unvermeidlich wurden. Schuschnigg habe sich jetzt dem Gewerkschaftsflügel der christlich-sozialen Partei genähert.

Das Blatt des früheren Ministerpräsidenten Graf Bethelen, das „Abendblatt“, erklärt, die dramatischen Wiener Vorgänge der letzten Nacht bedeuteten eine neue scharfe Wendung in der nicht zur Ruhe kommenden innerpolitischen Lage Oesterreichs.

Die Ansicht des „Evening Standard“

London. In Londoner amtlichen Kreisen wird die Lage in Oesterreich am Donnerstagmittag noch als „sehr dunkel“ bezeichnet. Man erklärt, daß noch nicht genügend Informationen vorhanden seien, um sich ein angemessenes Urteil über die Lage zu bilden.

In einem Leitartikel schreibt das Abendblatt „Evening Standard“, Schuschnigg hoffe, mit der Entlassung Starhembergs aus dem Kabinett sich von einem Feinde befreit zu haben. Er habe dringende Gründe, dem gegenwärtigen Augenblick für die Finanzkonsolidierung Starhembergs zu wählen.

Er glaube, daß die Entlassung Starhembergs und die Kabinettsumbildung die Deffenstheit in einem Augenblick wachsender Unruhe ablenken würden. Diese Unruhe sei durch ein inner- und ein außenpolitisches Ereignis gefördert worden. Das innerpolitische Ereignis sei der Phönixskandal, das außenpolitische der Sieg der Italiener in Abyssinien und seine natürliche Begleiterscheinung einer italienischen Selbstbewunderung. Oesterreich sei ein italienischer Vasallenstaat, und dieses von der österreichischen Regierung geförderte Vasallentum sei beim österreichischen Volk, das die Italiener verabscheue, außerordentlich unbeliebt. Mussolinis africanischer Sieg und seine imperialistischen Präheeren hätten die Entrüstung des Volkes verdoppelt. Man könne schwerlich glauben, daß die Kabinettsumbildung das österreichische Nationalgefühl auf längere Zeit befähigen werde. Starhemberg, der offene und ungeheuerliche Verehrer Italiens, sei gegangen, aber das Vasallentum bleibe.

Die Gleichhaltung der margitischen Gewerkschaften in Danzig vom Obergericht anerkannt

Danzig. Der Zivilsenat des Danziger Obergerichts hat am Donnerstag die Berufung der freigewerkschaftlichen Verbände gegen die vom Landgericht auf eine Klage des Beauftragten der Danziger NSD hin verfügte Herausgabe des Gewerkschaftsvermögens als unbegründet verworfen. — In der Urteilsbegründung führte der Vorsitzende unter anderem aus, daß die Danziger Verbände nach der ganzen Struktur des freigewerkschaftlichen Verbandssystems nur Unterorganisationen der deutschen Hauptverbände gewesen seien. Die Satzungen sprächen das mit aller Deutlichkeit aus. Die rechtlichen, materiellen und geistigen Beziehungen der Danziger Verbände bewirkten, daß erstere in das Schicksal der deutschen Verbände mit hineingezogen würden.

Im Mai 1933, als die freigewerkschaftlichen Verbände in Deutschland gleichgeschaltet worden waren, hatte der Beauftragte der NSD, Kenedzia, auf Grund einer einstweiligen Verfügung das Danziger Gewerkschaftshaus in Besitz genommen, die Vorstände der freigewerkschaftlichen Verbände abgesetzt und Klage auf Herausgabe des Gewerkschaftsvermögens erhoben. Wegen des zustimmenden Urteils des Landgerichts hatten die Führer der freigewerkschaftlichen Verbände dann Benutzung eingeleitet, die nunmehr vom Obergericht letztinstanzlich als unbegründet zurückgewiesen worden ist.

Belagerungszustand über Palästina?

Panzerwagen in den Straßen Jerusalems.

Jerusalem, 15. Mai.

Die Flucht der jüdischen Bevölkerung aus der Altstadt von Jerusalem hält an. Unter dem Schutz der Polizei verlassen die Juden die mohammedanischen Stadtviertel, um sich in Sicherheit zu bringen.

Am Donnerstag früh wurde in der Altstadt die Leiche eines ermordeten Arabers aufgefunden. Dieses Ereignis hatte eine weitere Verschärfung der Lage zur Folge. Die Erregung unter der mohammedanischen Bevölkerung steigerte sich anlässlich der Ueberführung des Ermordeten von Jerusalem in seine Heimat nach Hebron zur Siebehitze. Bei einer Schlägerei wurde ein Jude schwer verletzt. Zahlreiche jüdische Läden haben auch in den neuen Stadtvierteln Jerusalems geschlossen.

Die Stadt wird durch ein starkes Truppenaufgebot gesichert. Panzerwagen patrouillieren durch die Straßen. Der von den Behörden über Jaffa und die Altstadt von Jerusalem verhängte Ausgangsbeschränkung dauert an. Obwohl sich in den übrigen Teilen des Landes nur kleinere Zwischenfälle ereigneten, wird vielfach die Verhängung des Belagerungszustandes über ganz Palästina erwartet.

Verhärfung in Palästina

Steuerstreik und Ungehorsamsfeldzug der Araber

Die Verhandlungen zwischen dem Oberkommissar von Palästina und den arabischen Parteiführern sind abgebrochen worden, weil keine Einigung herbeigeführt werden konnte. Die Araber riefen daraufhin den Steuerstreik und den Ungehorsamsfeldzug aus. Man rechnet mit Unruhen.

Erste Spannung zwischen dem japanischen Militär und dem Oberhaus

Tokio. Im Oberhaus griff das Kenyukai-Mitglied Tsunamura scharf das japanische Offizierskorps an, dem er im Gegenfall zum einfachen Soldaten Mangel an wahren japanischen Soldatengeist vorwarf. Der Marineminister erklärte darauf, daß durch diesen Vornurf die Offizierschre herabgewürdigt worden sei. Die Kenyukai-Partei werde dafür Genehmigung zu geben haben.

In einer sofort einberufenen Sitzung der Kenyukai-Partei wurde darauf beschlossen, den Anwurf zurückzunehmen. Der Agentur Domei zufolge ist der Gegensatz zwischen dem Militär und dem Oberhaus noch nicht beigelegt. Das Offizierskorps, das durch Terachi und Nagano vertreten wird, erwartet ein Ausscheiden Tsunamuras, der bereits aus der Kenyukai-Partei ausgestiegen ist, aus dem Oberhaus.

In politischen Kreisen werden die bisher von den Parteien beider Häuser gegen das Militär gerichteten Angriffe als ungewöhnlich scharf bezeichnet. Man erblickt darin eine ungewöhnlich große Unzufriedenheit weiter Kreise mit den Februurvorgängen, die trotz zahlreicher Anfragen doch noch nicht ganz geklärt zu sein scheinen.

Erfolg der Christlich-Sozialen in Wien

Die Umbildung der österreichischen Regierung, die nach langen Auseinandersetzungen zustande gekommen ist, wird allgemein als eine große Ueberraschung betrachtet. Ueberall erschienen Sonderausgaben der Blätter, in denen der amtliche Wortlaut über die erfolgte Regierungsumbildung ohne weitere Kommentare mitgeteilt wurde. Auf den Straßen bildeten sich Menschenansammlungen, in denen die Lage erörtert wurde. Es erregt besonderes Aufsehen, daß Starhemberg aus dem Kabinett ausgeschieden ist. Man erwartet nun, daß die Entmilitarisierung der Heimwehren widerstandslos erfolgen wird. Bundeskanzler Dr. Schuschnigg, der nunmehr außer dem Bundeskanzleramt und dem Heeresministerium auch noch das Außenministerium übernommen hat, übernimmt sozusagen mit freierer Hand die Gewalt in Oesterreich. Die neuen Männer im Kabinett stehen ihm persönlich nahe. Die neue Lage wird allgemein als Erfolg der Christlich-Sozialen gewertet.

Weiterführung des Dollfuß-Kurses

Halbamtlich wird zu der Regierungsumbildung folgende Verlautbarung herausgegeben: „Mit der heute durchgeführten Neubildung der Regierung Schuschnigg ist ein weiterer und sehr entscheidender Schritt auf dem Wege der Konsolidierung Oesterreichs erfolgt. Der bis nun bestandene Dualismus zwischen beiden ausschlaggebenden Elementen unseres staatlichen Lebens, zwischen der Regierung und der obersten Führung der Vaterländischen Front, konnte in Zeiten einer ruhigen Entwicklung unbedenklich, ja vielleicht sogar unter dem einen oder anderen Gesichtspunkt als zweckmäßig erscheinen. Zu einer Zeit hingegen, da dringlichste Fragen innerstaatlicher Ordnung der Lösung harren, mußte eine solche Zwitterstellung vorwiegend als Hemmnis empfunden werden, denn sie verzögerte die Zurücklegung wichtiger durch das Dollfuß-Programm vorgezeichneter Etappen und bedeutete auch in mancher Beziehung ein Hindernis für die heute mehr denn je erforderliche Zusammenfassung aller aufbauwilligen Kräfte Oesterreichs. Durch Beschluß des Bundespräsidenten ist nun dank der Initiative unseres Kanzlers dieser Dualismus beseitigt worden; die Führung des Staates ist mit der Führung der Vaterländischen Front in der Hand des Kanzlers vereinigt. Damit ist die Konzentration aller staatserhaltenden Elemente in unserem Vaterlande gesichert und die unbeeinträchtigte Weiterführung des Dollfuß-Kurses gewährleistet. Daß diese Neuordnung das Ausscheiden des bisherigen Vizelandes erfordert, kann die außerordentlichen und absolut unbestrittenen Verdienste, die sich Fürst Starhemberg um das neue Oesterreich erworben hat, in keiner Weise schmälern und in Vergessenheit geraten lassen.“

Schuschnigg an Mussolini und Gömbös

Bundeskanzler Dr. Schuschnigg hat an Mussolini folgendes Telegramm gerichtet: „Im Augenblick der Uebernahme der Geschäfte durch meine neugebildete Regierung liegt es mir besonders am Herzen, Ew. Excellenz im eigenen und im Namen der Regierung die Gefühle unwandelbarer Freundschaft zum Ausdruck zu bringen. Ich verbinde damit die Versicherung, daß ich fest entschlossen bin, an der bewährten, auf den Römer-Protokollen begründeten Politik festzuhalten und die Freundschaft der drei Partner in ihrem eigenen Interesse wie auch in dem der Konsolidierung Mittel-Europas weiter auszubauen.“

An den ungarischen Ministerpräsidenten Gömbös richtete Bundeskanzler Dr. Schuschnigg folgende Depesche: „Mit Amtsantritt der neuen Regierung versichere ich Dir im eigenen Namen und im Namen meiner Mitarbeiter die Gefühle aufrichtiger Freundschaft und kamerad-

schäftlicher Verbundenheit. Ich bin überzeugt, daß die Zusammenarbeit auf der Grundlage der Römer-Protokolle auch in der Zukunft den Interessen aller beteiligten Länder in stets steigendem Maße dienlich sein wird.“



Westbild (M).

Regierungsneubildung in Oesterreich.

Links: Dr. Schuschnigg, der wieder mit der Führung des Bundeskanzleramtes betraut wurde. Rechts: Eduard von Brar-Warenfels (Seimatschuh), der neue Vizelandes und Minister für Inneres und für Sicherheit.

Umbesetzungen an führenden Stellen

Der Generalsekretär der Vaterländischen Front, Oberst Adam, hat dieses Amt niedergelegt. Er bleibt jedoch weiterhin Bundeskommissar für Heimatdienst. Sein Nachfolger in der Führung des Generalsekretariats der Vaterländischen Front wird der neuernannte Staatssekretär im Bundeskanzleramt, Zernatto.

Der Posten eines Staatssekretärs für Arbeiterschutz wird vorläufig nicht neu besetzt. Die Frage der obersten Leitung der Miliz, die durch das Ausscheiden Starhembergs aus dem Kabinett gleichfalls sprichreif geworden ist, soll erst in einigen Tagen entschieden werden.

Umfangreiche Militärbestellungen in Oesterreich

Wie die Wiener Blätter mitteilen, hat das Ministerium für Landesverteidigung Bestellungen im Werte von 10 Millionen Schilling ausgeschrieben. Zum großen Teil dient dieser Betrag zum Einkauf von Stoffen für die Uniformen der nach dem Bundesdienstpflichtgesetz einzubereitenden Mannschaften. Aber auch für die Bewaffung sind große Posten vorgesehen. So wurde u. a. die Lieferung von 15 000 Gewehren für Maschinengewehre ausgeschrieben.

Starhembergs Romreise

Rom. An der Reise des früheren österreichischen Vizelandes Starhemberg nach Rom wird, wie in unterrichteten Kreisen Roms erklärt wird, nichts geändert, da sie rein privater Natur sei und nur der Teilnahme an dem großen Fußballwettbewerb Oesterreich-Italien gelte, das am Sonntag in Rom stattfindet.

Anlässlich seines hiesigen Besuches wird, wie man weiter hier erklärt, Starhemberg wie stets Gelegenheit nehmen, mit maßgebenden hiesigen Persönlichkeiten in Fühlung zu treten. Die Umbildung des österreichischen Kabinetts hat nach dem Eindruck zuständiger Stellen keine Beunruhigung hervorgerufen. Die Tatsache, daß drei Vertreter der Heimwehren auf Vorstoß Starhembergs in das neue Ministerium übernommen wurden, gilt hier als Beweis, daß an der bisherigen Linie der österreichischen Politik nicht geändert wird.

Die italienische Presse zeigt sich äußerst zurückhaltend über die Wiener Kabinettsbildung und bringt nur sehr knappe Agenturberichte.